





**vau:** Die Personalratswahlen stehen vor der Tür. Am 12. Dezember wird auch der Gesamtpersonalrat neu gewählt. Und du bist wieder der ver.di-Spitzenkandidat. Was hast du dir vorgenommen?

**Klaus Wilzer:** Ich bin mit Leib und Seele GPR-Vorsitzender. Ich glaube, das spüren die Kolleginnen und Kollegen auch. Ich möchte die Dinge, die wir angesprochen haben, erfolgreich zum Abschluss bringen, mich aber auch den künftigen Herausforderungen stellen.

## „Ich bin mit Leib und Seele GPR-Vorsitzender“



**vau:** Was ist denn noch offen?

**Klaus Wilzer:** Die immense Arbeitsbelastung in den Finanzämtern beschäftigt uns seit Jahren. Während in anderen Verwaltungen des öffentlichen Dienstes in Berlin aber weiterhin tausende Stellen abgebaut werden, ist es uns gelungen, erstmals seit 15 Jahren wieder neue Stellen zu bekommen und die Einstellungszahlen zu erhöhen. Jährlich beginnen 300 Anwärtinnen und Bewerber bei uns ihre Ausbildung. Mit alledem nehmen wir eine Ausnahmestellung in Berlin ein.

**vau:** Reicht dir das?

**Klaus Wilzer:** Überhaupt nicht: Die 75 Stellenanmeldungen für 2012 und 2013 sind nur ein Schritt in die richtige Richtung angesichts des PersBB-Bedarfs von rund 700 Stellen. Die vielen Auszubildenden stellen die Finanzämter natürlich vor schwierige Aufgaben. Wir wollen möglichst alle übernehmen. Gleichzeitig müssen die Perspektiven insgesamt verbessert werden.

**vau:** Das heißt?

**Klaus Wilzer:** Das heißt mehr Beförderungsmöglichkeiten, regelmäßige Aufstiegsmöglichkeiten in den gehobenen Dienst sowie A 7 und A 10 als Eingangsämter und selbstverständlich auch das Ausschöpfen von Höhergruppierungsmöglichkeiten nach dem neuen Tarifvertrag TV-L. Mir ist es auch in diesem Jahr gegen erhebliche Widerstände wieder gelungen, Aufstiegsmöglichkeiten durchzusetzen. Außerdem wurden 70 A 6-Stellen in A 7-Stellen umgewandelt. Ich erwarte, dass Aufstiegsmöglichkeiten selbstverständlich werden und das ganze Beförderungs- und Höhergruppierungsverfahren erheblich beschleunigt wird. Es kann



doch nicht sein, dass sich die Wiederbesetzung einer Stelle bis zu einem Jahr hinzieht.

**vau:** Du hast die Situation der Finanzämter verstärkt in die Medien gebracht und damit auch den Druck auf die Politik und die Verwaltungsspitze erhöht. Was hat das gebracht?

**Klaus Wilzer:** Das Ansehen der Steuerverwaltung ist gestiegen. Mittlerweile werden die Finanzämter als wichtige Institution anerkannt. Ohne diese Öffentlichkeitsarbeit hätte es keine neuen Stellen gegeben und nicht einmal die Übernahmegarantie für die 3er. Alle großen Berliner Tageszeitungen und der rbb haben unsere Forderungen unterstützt. Das gilt insbesondere hinsichtlich der Darstellung der immensen Arbeitsbelastung und für eine bessere Stellenausstattung sowie der Übernahme aller Anwärtinnen und Bewerber. Und die ist uns jetzt auch deshalb gelungen.

**vau:** Du bist mit diesen Themen auch im Gespräch mit dem Regierenden Bürgermeister Wowereit, Finanzsenator Nußbaum, Innensenator Henkel und der Verwaltungsspitze. Bringt das etwas?

**Klaus Wilzer:** Diese Gespräche sind wichtig, um Themen zu transportieren und um auf politische Entscheidungen und Verwaltungshandeln Einfluss zu nehmen. Noch viel wichtiger sind mir aber die Gespräche mit den Kolleginnen und Kollegen vor Ort in den Finanzämtern. Hier erfahre ich, was sie wirklich bewegt und bekomme so wichtige Anregungen für meine Arbeit. Deshalb habe ich auch in den meisten Finanzämtern die Beratung zum TV-L persönlich durchgeführt. Da gab es viele tolle Gespräche. Für einen GPR-Vorsitzenden ist es unverzichtbar, den Kontakt vor Ort zu pflegen. Das mache ich kontinuierlich seit Jahren. Für mich ist es selbstverständlich, nicht nur in Wahlkampfzeiten nahe an den Menschen zu sein. Das ist für mich auch eine Frage von Glaubwürdigkeit.

**vau:** Was bewegt die Kolleginnen und Kollegen, was erzählen sie dir?

**Klaus Wilzer:** Die Kolleginnen und Kollegen haben genug von den ständigen Organisationsveränderungen. Sie wollen einfach mal zur Ruhe kommen. Außerdem ärgert sie die mangelnde Wertschätzung. Jüngstes Beispiel ist die letzte Besoldungserhöhung zum 1. August, die nicht rechtzeitig auf den Weg gebracht wurde.

**vau:** Euer Slogan für die GPR-Wahl lautet „einmalig vielseitig“. Was verbirgt sich dahinter?

**Klaus Wilzer:** Wir treten auch bei dieser Wahl mit einem Team an, in dem erfahrene und junge Kolleginnen und Kollegen auch auf den vorderen Listenplätzen vertreten sind. Bei uns finden sich alle wieder. Auf einen kurzen Nenner gebracht: Die Mischung macht's.

# Schnellere Beförderungen

In vielen Fällen dauert es eine gefühlte Ewigkeit, bis über eine Stellenausschreibung bzw. -besetzung von der Senatsverwaltung für Finanzen (SenFin) entschieden wird. Das kann sich manchmal mehr als ein Jahr hinziehen. Eine solche Dauer übersteigt jedes akzeptable Maß und ist für alle, die auf eine Bewerbungsmöglichkeit oder eine Beförderungsstelle warten, verständlicherweise äußerst ärgerlich. Da wundert es überhaupt nicht, wenn die Betroffenen mutmaßen, dass hier mit System verzögert wird, um durch spätere Stellenbesetzungen Ausgaben einzusparen. Die Senatsverwaltung schiebt die Verantwortung gerne auf die Finanzämter, zum einen auf die Vorsteherinnen und Vorsteher und zum anderen natürlich auch auf die Personalräte. Sicherlich kann es nicht angehen, dass notwendige Anlassbeurteilungen von den Amtsleitungen einfach nicht rechtzeitig erteilt werden. Das muss abgestellt werden, notfalls auch durch Einflussnahme von SenFin. Die örtlichen Personalräte haben im übrigen in keinem Fall eine Verzögerung zu verantworten und machen eher eine Sondersitzung, um Auswahlen zu beschleunigen.

Nein, das Grundproblem liegt bei SenFin. Die verantwortlichen Bereiche wurden personell ausgedünnt und desorganisiert. Aber selbst angesichts von Personalnot darf die Stellenbesetzungs- und Beförderungsentscheidung nicht so lange dauern. Zur Wertschätzung von Kolleginnen und Kollegen gehören eben auch zügige Personalentscheidungen. Im höheren Dienst soll es übrigens nur noch zwei Beförderungstermine im Jahr geben, wenn es nach dem Finanzsenator geht. Das lehnt ver.di strikt ab, denn es handelt sich nur um eine weitere Sparmaßnahme. Wir sehen außerdem die Gefahr, dass dieser Unsinn, erst einmal eingeführt, auf alle Beamtinnen und Beamten übertragen werden soll. Gerade weil die Berliner Beamtinnen und Beamten ohnehin durch die miese Besoldung, die inzwischen mehr als 10 % hinter dem Bundesbereich hinterhinkt, extrem benachteiligt sind, muss endlich für Beschleunigung und Transparenz gesorgt werden.

*Ihr Klaus-Dieter Gössel*



**Klaus-Dieter Gössel**  
Vorsitzender der  
Fachkommission  
Steuerverwaltung

## ver.di im Gespräch

Am 1. August traf sich die ver.di-Fachkommission Steuerverwaltung mit Staatssekretärin Dr. Margaretha Sudhof zu einem Meinungsaustausch. Für ver.di nahmen Klaus-Dieter Gössel, Francisca Bier, Jörg Bewersdorf, Nadine Lichhorn und Susanne Bewersdorf teil. „Als erstes haben wir die besonders dringenden Themen erörtert, und das sind die schlechte Personalausstattung und die extreme Arbeitsbelastung. Und wir haben unsere Forderung, die fehlenden 700 Stellen lt. PersBB auch anzumelden und alle Anwärterinnen und Anwärter zu übernehmen, noch einmal bekräftigt“, so Klaus-Dieter Gössel, ver.di-Vorsitzender für die Berliner Finanzämter. Erwartungsgemäß habe Dr. Sudhof zwar Verständnis für die schwierige Situation der Beschäftigten geäußert, eine kurzfristige Lösung der Probleme im Sinne von ver.di allerdings nicht zugesagt.

„ver.di ist derzeit dabei, das Projekt ‚Gender Stress – Geschlechterrollen und Psychische Belastungen in der Arbeitswelt‘ zu evaluieren. Wir haben Dr. Sudhof aufge-



*Jörg Bewersdorf, Nadine Lichhorn, Dr. Sudhof, Francisca Bier, Susanne Bewersdorf*

fordert, sich aktiv zu beteiligen und die Erkenntnisse aus dem Projekt endlich für alle Kolleginnen und Kollegen in den Finanzämtern nutzbar zu machen“, so Jörg Bewersdorf, Projektverantwortlicher in der Steuerverwaltung. „Wir wollen, dass die bevorstehenden Mitarbeiterbefragungen mit den Projektergebnissen verknüpft und die externen Experten zusammengeführt werden.“ Das Finanzamt Mitte-Tiergarten hatte sich in den Jahren 2007 bis 2009 an dem ver.di-Projekt beteiligt und viele Ergebnisse zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen erarbeitet, die aus ver.di-Sicht bisher viel zu zurückhaltend veröffentlicht und umgesetzt wurden. „Wir werden in naher Zukunft auch ein Gespräch mit dem zuständigen Staatssekretär Klaus Feiler zu diesem Thema verabreden.“

Susanne Bewersdorf, Gesamtfrauenvertreterin für die Berliner Finanzämter, forderte die Staatssekretärin auf, Versetzungsanträgen aus Gründen einer besseren Vereinbarkeit von Familie oder Pflege und Beruf unabhängig von der Stellensituation des Amtes großzügig zu entsprechen.

# Toller Erfolg



ver.di  
jugend

Mit dem diesjährigen Ausbildungsstart heißen wir 149 SteueranwärterInnen und 150 FinanzwärterInnen unter unseren KollegInnen willkommen.

Die ersten Monate werdet Ihr das Ausbildungszentrum in Königs Wusterhausen kennenlernen, bevor Ihr in unseren Finanzämtern mit der praktischen Ausbildung startet. Wir freuen uns schon sehr auf Euch und setzen uns für Euch ein!

In den vergangenen Jahren wurden nur die Anwärterinnen und Anwärter in den Berliner Finanzämtern übernommen, die ihre Abschlussprüfung im ersten Anlauf mindestens mit der Note „befriedigend“ bestanden hatten. Dass der Finanzsenator überhaupt bereit war, im letzten Jahr erstmals eine solche Übernahmegarantie auszusprechen, war bereits ein Erfolg unserer Arbeit. Aber zufrieden waren wir damit noch nicht. Deshalb haben wir die Aktion „Run for 4“ durchgeführt. Dabei sind unsere AnwärterInnen und KollegInnen aus den Finanzämtern von der Fachhochschule in Königs Wusterhausen zur Senatsverwaltung für Finanzen in Berlin gerannt. Jubelnd empfangen wurde als Höhepunkt der „4er-Award“ unserem Berliner Finanzsenator Dr. Ulrich Nußbaum überreicht. Ein Video von dem Staffellauf ist auf der Internetplattform Youtube unter dem Stichwort „Runfor4“ zu finden.

Dadurch haben wir erreicht, dass auch die Absolventen, die ihren Abschluss mit 7 – 7,99 Punkten, also ein „ausreichend“ im oberen Bereich, geschafft haben, einen Arbeitsvertrag mit der Aussicht auf eine spätere Übernahme in das Beamtenverhältnis bekommen. Inzwischen haben aber auch diejenigen, die ihre Prüfung mit weniger als 7 Punkten bestanden haben, einen Jahresvertrag in der Senatsverwaltung für Finanzen erhalten. Der Einsatz hat sich also gelohnt.

Für alle, die sich gerne mit anderen AnwärterInnen und KollegInnen austauschen möchten, haben wir im Sommer 2012 die Facebook-Gruppe „Steuerstudis“ gegründet. Die jetzt schon mehr als 200 Mitglieder tauschen sich hier über geplante Aktivitäten, durchgeführte ver.di-Aktionen, News rund um die Ausbildung und vieles mehr aus. Hier könnt Ihr auch untereinander über Klausuren und Unterrichtsinhalte sprechen, Fragen an uns richten oder einfach Eure netten MitanzwärtlerInnen kennenlernen.

Viel Erfolg und einen guten Start an alle Neuzugänge!

# Kein Freibrief für Steuerhinterzieher

Nach längeren Geheimverhandlungen wurde am 21. September 2011 ein Steuerabkommen zwischen Deutschland und der Schweiz unterzeichnet. Auf Schweizer Seite wurde das Abkommen bereits vom Nationalrat und Ständerat ratifiziert. In Deutschland steht die Zustimmung durch den Bundesrat jedoch glücklicherweise noch aus.

Das Steuerabkommen ist unmittelbar nach Bekanntwerden massiv in die Kritik geraten. Steuerstraftäter würden anonym bleiben und müssten weniger bezahlen als jene, die ihre Gelder ordnungsgemäß versteuert hätten. Außerdem werde ihnen Gelegenheit gegeben, Schwarzgeld noch rechtzeitig außer Landes in eine andere Steueroase zu schaffen. Es scheint fraglich, ob die Zustimmung durch den Bundesrat im Hinblick auf die dortigen Mehrheitsverhältnisse erfolgen wird.

Währenddessen nimmt die Debatte um das Steuerabkommen immer absurdere Züge an. So droht Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Ankauf und Verwerten von Bankkunden-Daten, also der sogenannten Steuer-CDs, zu verbieten. Wen wundert es, dass sie damit Spekulationen Vorschub leistet, es gebe höchstwahrscheinlich noch viele unentdeckte und vielleicht auch prominente Steuerhinterziehungsfälle, die so oder durch das Steuerabkommen verborgen werden sollen. Besser wäre es, die Bundesregierung würde sich weniger um Amnestieregelungen für Steuerhinterzieher bemühen und sich mehr Gedanken machen, wie die Gleich- und Gesetzmäßigkeit der Besteuerung durchzusetzen ist.

Die Verschleierung von Vermögen und Geldquellen hat in Deutschland inzwischen Methode. Schon mit Abschaffung der Vermögensteuer wurden den Finanzämtern Möglichkeiten genommen, Vermögen festzustellen und Hinweise auf vergangene oder zukünftige Geldquellen zu erhalten. Mit der Einführung der Abgeltungsteuer ist die Verschleierung von Kapitalvermögen weiterentwickelt worden. Sie bevorteilt außerdem massiv die Kapitaleinkünfte gegenüber dem Arbeitslohn sowohl hinsichtlich der Anonymität als auch des Steuersatzes. Die Lobbyisten der Reichen und Superreichen haben erfolgreiche Arbeit geleistet.



Foto: Jakob Huber / Compact

Das Steuerabkommen mit der Schweiz wirkt wie staatlich organisierte Geldwäsche. Die in der Vergangenheit dort angehäuften größtenteils un versteuerten, teilweise sogar aus kriminellen Geschäften herrührenden Gelder sollen pauschal anonym versteuert werden. Die Besteuerungsgrundlagen kennen nur die Schweizer Banken, die sich wie Hehler verhalten haben. Diese Hehler werden jetzt quasi zu Organen der deutschen Steuerbehörden gemacht. Schon gibt es Anzeichen, dass Vermögen, die bei diesen Banken gebunkert wurden, in Filialen außerhalb der Zugriffsmöglichkeit der deutschen Steuerbehörden verschoben werden. Mit der Ratifizierung des Steuerabkommens wären auch der Ankauf und die Verwertung von Bankdaten untersagt, und die Steuerhinterzieher könnten wieder ruhig schlafen. Das ist es, was die Schweiz und die Initiatoren des Abkommens in Deutschland erreichen wollen.

ver.di fordert, Steuerhinterziehung zu ächten und die Steuerverwaltungen der Länder endlich so auszustatten, dass das Risiko der Entdeckung steigt. Dazu müssen die Finanzämter endlich zumindest die nach der bundeseinheitlichen Personalbedarfsberechnung errechnete Stellenzahl erhalten. Es ist ein Skandal, dass die Steuerverwaltungen der Länder willkürlich schlechter ausgestattet werden, als von den Regierungen selbst errechnet wurde.

Zudem müssen große Vermögen und Bezieher hoher Einkommen sowie der Finanzsektor stärker an den Lasten unseres Gemeinwesens beteiligt werden. ver.di fordert deshalb die Wiedereinführung der Vermögensteuer, die Anhebung des Spitzensteuersatzes und die Einführung einer wirksamen Finanztransaktionssteuer.

# „Da haben alle was davon“

**Francisca Bier und Daniela Ortmann kandidieren nicht nur für den Gesamtpersonalrat (GPR), sondern auch für den Hauptpersonalrat (HPR). Anlass für die vau, ein Gespräch mit ihnen zu führen.**

**vau:** Francisca und Daniela, ihr kandidiert auch für den Hauptpersonalrat. Was reizt euch an dieser Aufgabe, der HPR ist doch weit weg von den Finanzämtern?

**Francisca Bier:** Das mag den Anschein haben, schließlich werden die Finanzämter vom GPR vertreten. Aber der HPR ist berlinweit schon von großer Bedeutung. Einerseits haben nicht alle Verwaltungen das Glück, durch einen GPR vertreten zu werden, andererseits, werden viele Angelegenheiten im HPR entschieden, die ganz unmittelbar auch die Finanzämter betreffen, aktuell zum Beispiel die neuen Beurteilungsrichtlinien.

**Daniela Ortmann:** Es reizt auch der Blick über den Tellerrand. Der öffentliche Dienst in Berlin wird durch den Senat schlecht behandelt, da muss ein starker HPR konsequent gehalten, und dazu will ich gern meinen Beitrag zu leisten.

**vau:** Was haben die KollegInnen in den Finanzämtern davon, wenn ihr im HPR seid?

**Daniela:** Wir wollen uns auch auf dieser Ebene für eine volle Stellenausstattung in den Finanzämtern einsetzen. Wir sind die Einnahmeverwaltung; mehr Personal bei uns sorgt für mehr Geld für alle Bereiche. Da haben dann eben alle was davon.

**Francisca:** Und auch der HPR setzt sich für bessere Übernahmebedingungen der Auszubildenden in allen Berliner Verwaltungen ein. Da können wir unsere Erfahrungen gut einbringen.

ANZEIGE

Schutz und Sicherheit  
für die Finanzierung  
Ihrer Wünsche:

NÜRNBERGER  
Beamten Darlehen

Schutz und Sicherheit im Zeichen der Burg

NÜRNBERGER



Beamten Versicherungen

Partner für den Öffentlichen Dienst

NÜRNBERGER Beamten Lebensversicherung AG  
Hauptagentur Heiklinde Novello  
Frobenstraße 11, 13585 Berlin  
Telefon 030 52133-948, Fax -947  
Heiklinde.Novello@nuernberger.de, www.nuernberger.de



**vau:** Im Bewerberinterview würde man jetzt fragen „Was befähigt euch für diese Aufgabe?“

**Francisca:** Ich kenne den HPR ziemlich gut, schließlich war ich zwei Jahre lang Vorsitzende der Haupt-Jugend- und Auszubildendenvertretung. Und ich bin seit vier Jahren im GPR-Vorstand. Außerdem bin ich Vorstand eines kleinen erfolgreichen Familienunternehmens, würde man jetzt jedenfalls in der Werbung sagen.

**Daniela:** Ich habe viele Jahre Gremienerfahrung im örtlichen Personalrat und im Gesamtpersonalrat. Durch meine Arbeit als Betriebsprüferin kenne ich Verhandlungssituationen zur Genüge, kann mich da schnell auf mein Gegenüber einstellen. Wer mich kennt, weiß, dass ich Auseinandersetzungen nicht scheue, aber konstruktiv angehe. Ich freu mich auf den HPR.

**vau:** Viel Erfolg für die Wahl!



Francisca Bier und Daniela Ortmann

ANZEIGE

Informieren Sie sich  
jetzt über unsere  
aktuellen Konditionen!



## Baufinanzierung für den öffentlichen Dienst zu Top-Konditionen<sup>1)</sup>

### Ihre Vorteile:

- ▶ Bis zu 100 %ige Finanzierung des Kaufpreises
- ▶ Frei wählbare anfängliche Tilgung von 1 % bis 5 % p. a.
- ▶ 3 Jahre tilgungsfreie Anlaufzeit möglich<sup>2)</sup>
- ▶ Änderung des Tilgungssatzes bis zu dreimal möglich<sup>2)3)</sup>
- ▶ Persönliche Beratung durch Ihren BBBank-Berater für den öffentlichen Dienst
- ▶ Keine Bearbeitungsgebühr
- ▶ 5 % Sondertilgungsrecht p. a.
- ▶ Individueller Finanzierungsplan

### Ihr Ansprechpartner

Michael Manthey, Mobiler Kundenberater Öffentlicher Dienst  
Mobil 01 72/6 79 74 73, E-Mail michael.manthey@bbbank.de

**BB** Bank

Die Bank für Beamte  
und den öffentlichen Dienst

<sup>1)</sup> Voraussetzung: Bezügelkonto; Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied  
<sup>2)</sup> Bei Antragsstellung vor dem 10.10.2011  
<sup>3)</sup> Zinssatz 1 % bis 5 % auf das Ursprungsdarlehen (bei tilgungsfreier Anlaufzeit nur zwischen 2 % und 5 %)

# Klartext

„Der Normalfall der Kommunikation ist das Missverständnis.“ Zu diesem Schluss kam eine groß angelegte arbeitswissenschaftliche Untersuchung im Rahmen der Senatsverwaltung für Finanzen. Um Missverständnisse zu vermeiden, sei es daher ohne Alternative, sich klar und unmissverständlich auszudrücken, dies gelte insbesondere für Führungskräfte. Reizwörter gegenüber Untergebenen seien unbedingt zu vermeiden, um „den reibungslosen Arbeitsablauf und das Erreichen der Zielvereinbarungen weiterhin sicherzustellen“. Folgende, präzierte Formulierungen sind in das Sachgebietsleiterhandbuch aufgenommen worden und ab sofort in Dienst- bzw. Teambesprechungen zu verwenden:

Gesellige Maßnahme zur Hebung der Arbeitserledigungsquote unter Herbeiführung von Akzeptanz der Personenteile einer gesamtheitlich arbeitenden Organisationseinheit **statt** Teamtag eines F/E-Platzes

Gesetzlich vorgeschriebene Arbeitsunterbrechungsphase zur Wiederherstellung der zu erwartenden vollständigen Leistungsfähigkeit eines Vollzeitäquivalents **statt** Erholungsurlaub

Von SenFin vorgegebene, auf Notwendigkeit ausgerichtete Mindesterfüllung von zahlenmäßig festgeschriebenen Sollquotenvorgaben in festgelegten Zeitsegmenten **statt** Zielvereinbarung



Ungeprüfte Übernahme absurder, offensichtlich unrichtiger Angaben in den Steuererklärungen **statt** Risikomanagement

Untersagung der Sichtung von vorher nicht ausermittelten nachzuprüfenden inhaltlichen Aufklärungsrelevanz **statt** Schwerpunktbildung in der Bp

Verwaltungsökonomischer Umgang mit eigenen Zweifeln an der Richtigkeit des Sachvortrags des Einspruchsführers/Klägers **statt** Abhilfe von Rechtsbehelfen

Entbehrungsquote **statt** Verzicht auf 700 Stellen

Zeitlich verzögerte und unter Zinsprofitgesichtspunkten umfänglich bescheidene Maßnahme zur Anpassung der Einkommenssituation beamteter Vollzeitäquivalente an das Bundesniveau **statt** 2% Besoldungserhöhung in 2012

Die arbeitswissenschaftliche Begleitung erfolgt in den nächsten Jahren, die Mittel für die Evaluierung der Kommunikationsverbesserung aufgrund der präzisen Formulierungsvorschläge sind bereits im Doppelhaushalt 2012/2013 eingestellt ...

## Impressum

Eine Veröffentlichung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Bezirksverwaltung Berlin, Köpenicker Straße 30, 10179 Berlin

Verantwortlich für den Inhalt: Antje Thomaß, antje.thomass@verdi.de

Redaktion: Klaus-Dieter Gössel, Jörg Bewersdorf, Daniela Ortman

Layout: Manfred Schultz

Herstellung: tableau GmbH

Ausdruck eines Beitrittsformulars unter

[www.vau-online.de](http://www.vau-online.de)

[www.vau-online.de](http://www.vau-online.de)

[www.ver.di.de](http://www.ver.di.de)

[www.verdi.de/berlin/fachbereiche/fb\\_06](http://www.verdi.de/berlin/fachbereiche/fb_06)

[www.bb-verdi.de](http://www.bb-verdi.de)

Leserbriefe an: [info@vau-online.de](mailto:info@vau-online.de)